IV. Jahrg. / Nr. 74 / Preis für Groß-Berlin 20 Pfg. — Abend-Ausgabe — Montag, den 14. Februar 1921

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Redaktion: Stallschreiberstr. 34/35 (Sprechz.: 5—6 Uhr) Telefon: Amt Moritzplatz 12579 — Erscheint zweimal täglich. Sonntags und Montags einmal. — Expedition und Inseratenannahme: Berlin SW. 68 Stallschreiberstraße 34/35 (Telefon: Moritzplatz 12577)

Der Bezugspreis beträgt für Groß-Berlin 3 mal täglich frei ins Haus 10.— Mk. Bei Abholung meinen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Bezugspreis 20.— Mk. monatlich. Bei Zusendung unter Streifband für Deutschland und Österreich 16.50 Mk., als Brief 20.— Mk. Für Ausland unter Streifband 21.50 Mk., als Brief 30.— Mk.; bei einmaliger Zustellung einschl. Porto und Versand.

Begründet von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Anzeigenpreis: Es wird berechnet die 5gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum mit 4.— Mk., Familien- und Organisationsanzeigen 3.— Mk. netto. — Abschluß-Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 90 Pfg., jedes weitere Wort 75 Pfg., bei Familien- und Organisationsvorzugsanzeigen das fettgedruckte Wort 75 Pfg., jedes weitere Wort 45 Pfg. netto. — Reklamezeile 12 Mk.

Der Krebsgang der deutschen Landwirtschaft

Bis zum Jahre 1914 wurde in Deutschland die Landwirtschaft immer mehr intensiviert, die Verwendung des Kunstdüngers und landwirtschaftlicher Maschinen nahm immer mehr zu; die Anbaufläche vermehrte sich, das Brachland ging zurück, und die Ernteerträge wuchsen von Jahr zu Jahr. Dies geschah alles, nicht, weil der Bedarf es erforderte, sondern weil der Junker in dieser Weise am „rentabelsten" wirtschaftete.

Diese Entwicklung machte 1914 halt. Seit dem Beginn des Krieges, seitdem die Junker nicht mehr die Einfuhr ausländischen Getreides, also keine Konkurrenz mehr zu fürchten brauchten, geht die deutsche Landwirtschaft krebsartig zurück. Sehen wir uns zunächst die Anbauflächen Deutschlands an („Reichsanzeiger" Nr. 235):

Es wurden in ha angebaut:*)	1913	1920	Zunahme (+) Abnahme (—)	oder
Getreide	13 035 213	10 821 782	— 2 213 431	— 17 %
Hackfrucht	4 076 444	3 540 023	— 536 421	— 15 %
Futterpflanzen .	2 205 327	1 966 475	— 258 852	— 12 %
Ackerweide ...	1 176 303	1 393 886	+ 217 583	+ 18 %
Brache Wiesen	5 372 596	5 463 595	+ 90 999	+ 1½ %
Viehweiden ..	2 293 641	2 487 772	+ 194 131	+ 8½ %
insges. angeb.	29 848 154	27 934 303	— 1 413 851	— 5 %

Diese Ziffern zeigen, daß die Anbauart sich seit 1913 zugunsten der Viehwirtschaft verschoben hat: Die Fläche für Ackerweide, Viehweide, Brache und Wiesenland hat zugenommen, die Fläche für Getreide und Hackfrucht, d. h. für die menschliche Ernährung, hat abgenommen. Die Tatsache aber, daß der Anbau von Futterpflanzen auch abgenommen hat, gegenüber dem Anwachsen des Weide- und Brachlandes, zeigt, daß **nicht etwa die intensive Viehwirtschaft, sondern die Viehweidewirtschaft den Ackerbau verdrängt hat.**

Außer dieser Verringerung der Anbaufläche ist auch der Ernteertrag auf einen Hektar gewaltig gesunken. Er betrug:

	1913	1919	Rückgang
für Brotgetreide	1,83 Tonnen	1,44 Tonnen	21,8 %
„ Futtergetreide ..	1,96 „	1,50 „	24,2 %
„ Kartoffeln	14,2 „	9,8 „	31,0 %
„ Zuckerrüben	30,6 „	19,2 „	36,9 %

Schon hieraus ergibt sich der ungeheure Rückgang des Ernteertrags insgesamt. Man erntete in Deutschland:

	1913	1920	Rückgang
Roggen	12,1 Mill. Tonnen	4,8 Mill. Tonnen	— 60 %
Weizen	4,4 „ „	2,2 „ „	— 50 %
Gerste	3,5 „ „	1,7 „ „	— 52 %
Hafer	9,5 „ „	4,8 „ „	— 50 %
Kartoffeln ...	52,8 „ „	28,8 „ „	— 47 %
Rüben, roh. Futterrüben	9,8 „ „	1,0 „ „	— 90 %

Nicht ganz so stark ist dagegen die Abnahme des deutschen Viehstapels. Man zählte:

	1914	1920	Veränderung
Rindvieh..	21,8 Millionen	16,9 Millionen	— 22½ %
Schweine .	25,2 „	14,5 „	— 43½ %
Ziegen....	3,58 „	4,07 „	+ 36 %
Schafe....	5,45 „	6,68 „	+ 23 %

Diese Kujonierung der Landwirtschaft kommt ausschließlich zu Lasten des Junkertums: Für einen Kleinbauer ist es unmöglich, sein Land zur Brache oder zur Viehweide zu machen. Dasselbe Interesse, das ehemals eine intensive landwirtschaftliche Betriebsführung veranlaßte, ist heute Ursache der Extensivierung: Das Profitinteresse. Der Junker versucht, die steigenden Produktionskosten so niedrig wie möglich zu gestalten: möglichst niedrige Entlohnung der Landarbeiter, geringere Anforderung und teilweise Entlassung von Landarbeitern, Verzicht auf Maschinenanschaffung, spärliche Verwendung von Kunstdünger. Die Viehweidewirtschaft kostet den Junker nur wenig und bringt bei den hohen Fleischpreisen doch viel mehr ein als kostspieliger Getreidebau.

Sehen wir uns einmal näher an, in welcher Weise auf einzelnen großen Gütern „gewirtschaftet" wird. Auf Erxleben bei Magdeburg konnte man es sich leisten, 1919 70 Morgen Kartoffeln und Karotten verfaulen zu lassen, 1920 60 Morgen. In Ostpreußen sähen Kleinbauern mit 40 Morgen 8 Zentner Saatgetreide aus, Junker mit 400 bis 600 Morgen 7 bis 8 Zentner. Im Kreise Lebus liegen auf den Gütern etwa 1000 Morgen brach. Die Bauern fordern Beschlagnahme der Brache. Auf dem Gut derer von Knapphausen (Kreis Begenwald) sind 12 000 Zentner Kartoffeln erfroren. In Sachsen-Anhalt werden heute Tomaten und Zwiebeln statt Kartoffeln und Getreide gebaut, denn Handelsgewächse bringen höheren Gewinn. Längs der Weichsel, der Netze und Warthe verkaufen die Junker ihre Güter an englische Handelshäuser zu Handelszwecken. Solche Beispiele für die Gewissenlosigkeit der Junker könnten ins Endlose fortgesetzt werden. Ueberall in Deutschland das gleiche Bild: Der Großgrundbesitzer denkt nur an seinen Profit und läßt seine Wirtschaft verkommen, und rings um ihn herum kleine Bauern, die emsig jeden Fleck ihres Besitztums beackern und bebauen.

Wer trägt die Lasten eines solchen Ruins? Das Junkertum nicht, und die übrige Kapitalistenwelt auch nicht: Wohl aber das gesamte werktätige deutsche Volk:

1. Das Industrieproletariat, die Angestellten und Beamten. Die verminderte Inlandsproduktion bedingt eine wachsende Einfuhr ausländischen Getreides. Diese bei dem heutigen Valutastand sehr kostspielige Einfuhr vergrößert die auf das Proletariat bereits schwer drückende Steuerlast immer mehr. Und doch kann bei den zerrütteten Staatsfinanzen schon heute nur ein Bruchteil dessen eingeführt werden, was zur Ernährung des Volkes notwendig ist.

2. Die Landarbeiter. Der Junker, der sparen will, denkt dabei zu allererst an seine Aufgaben für menschliche Arbeitskräfte: Die Löhne der Landarbeiter sind bis heute nur uns fünf- bis sechsfache, die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse aber uns 15fache gestiegen. Ferner ist bei den Arbeitsnachweisen die Anforderung an Landarbeitern in den ersten vier Monaten 1920 um 150 000 geringer gewesen, als in der gleichen Zeit 1919. Ein großer Teil der Arbeitslosigkeit ist eine Folge der landwirtschaftlichen Extensivierung.

3. Die Kleinbauern und Kleinpächter. Sie können ihr Stück Land, dessen Erträge sie zumeist selber aufzehren, nicht zur Brache oder Weide machen. Sie verfügen nicht über Arbeitskräfte, die sie ausbeuten. Ihre Steuerlast wächst und alle Bedarfsartikel aus der Industrie werden immer teurer, sie kosten den Bauern heute bereits durchschnittlich 20 mal mehr als im Frieden.

Es ist somit das gesamte werktätige Volk, das ein Lebensinteresse daran hat, den Junkern das mißbrauchte Verfügungsrecht über Grund und Boden zu entziehen. Die Forderungen, die heute aus der wachsenden Not der Landarbeiter und Kleinbauern erstehen, sind zunächst folgende:

1. Beschlagnahme des brachliegenden Landes durch die Regierung und Uebergabe zur Bewirtschaftung an Kleinbauern und Landarbeiter.

2. Aufhebung aller Pachtzinsen für Grund und Boden, soweit dieser vom Pächter und seiner Familie durch eigene Arbeit bewirtschaftet wird.

3. Bereitstellung ausreichender Mengen von Düngemitteln, Maschinen, Saatgut, Kleidung und Geräten für

*) Deutschlands Flächeninhalt ist auch 1913 reduziert auf die Bestimmungen von Versailles, die durch den Friedensvertrag eingetretene Verringerung des landwirtschaftlich bebauten Bodens um 20 Prozent ist in diesen Tabellen also nicht berücksichtigt.

Der Kampf um die Einheitsfront im D.E.V.

Die Berliner Generalversammlung für den Offenen Brief. — Die Kommunistische Liste Schmidke mit 197 gegen 189 Stimmen gewählt — Der Hauptvorstand provoziert

Die Berliner Eisenbahner haben gestern ein starkes Bekenntnis für die proletarische Einheitsfront und die Revolutionierung der Gewerkschaften abgelegt. In der gestrigen Generalversammlung (den ausführlichen Bericht bringen wir an anderer Stelle) wurde mit großer Mehrheit

der Offene Brief als Aktionsgrundlage angenommen und eine Kommunistische Ortsverwaltung mit 197 Delegiertenstimmen gewählt

gegen 189 Stimmen, die auf die Liste der alten Ortsverwaltung, aus S.P.D.- und U.S.P.D.-Leuten bestehend, fielen. Die gestrige Delegiertengeneralversammlung hat aber auch etwas anderes allen organisierten Eisenbahnern deutlich demonstriert. Das Wirken für die proletarische Einheitsfront und die hierfür nötige Einstellung des D. E. V. stößt auf den entschlossenen Widerstand des Hauptvorstandes und der ihm ergebenen Instanzen.

Der Hauptvorstand des D. E. V. ist **am Werke alle oppositionellen Ortsgruppen zu zerschlagen.** Die schamlosen Provokationen in Köln, München, Essen, Erfurt, Hanau, Berlin usw. waren nur der Auftakt zur allgemeinen Offensive gegen alle Ortsgruppen, die „nicht auf dem Boden der Zweiten Internationale stehen". Der Hauptvorsitzende Scheffel hat dies gestern mit wünschenswerter Klarheit in folgender Erklärung ausgesprochen:

„Im Namen des Hauptvorstandes fordere ich die alte Ortsverwaltung auf, ihre Aemter nicht niederzulegen, ehe der Hauptvorstand sie dazu auffordert. Die soeben vollzogene Wahl kann der Hauptvorstand nicht anerkennen. Abgesehen davon, daß sich an der Wahl solche Kollegen beteiligt haben, die wir auszuschließen gedenken, steht die soeben gewählte Ortsverwaltung nicht auf dem Boden der Statuten und der Verbandsbeschlüsse. Wir wollen nur Ortsverwaltungen, die auf dem Boden der Zweiten Internationale stehen und sind entschlossen den Kampf gegen sie anderen durchzuführen."

Dieses planmäßige Vorgehen der Eisenbahner-Verbandsbürokratie gegen ganze Ortsgruppen, unter dem Stichwort: gegen die Kommunisten, geht parallel mit der schamlosen Sabotage aller notwendigen Existenzkämpfe der Eisenbahner. Die Erklärung Scheffels ist nur ein neuer Beweis dessen, daß der Hauptvorstand und die ihm ergebenen Instanzen bereit sind, alles zu tun, um ihre Selbstherrlichkeit weiter aufrecht zu erhalten und um den D. E. V. auch weiterhin ihrer arbeitsgemeinschaftlichen Politik zu unterwerfen.

Eisenbahner!

Wollt Ihr noch diese von Tag zu Tag frecheren Provokationen noch länger gefallen? Erkennt ihr nicht ganz klar, daß diese Gesellen drauf und dran sind eure Organisation zu zerschlagen, weil sie nicht fähig und gewillt sind, eure Existenzkämpfe, die eine immer zwingendere Notwendigkeit werden, einzuleiten und durchzuführen? Die schamlose Hetze gegen die Kommunisten, die den D. E. V. so wie notwendig ausbauen wollen, ist ja nur ein allzu durchsichtiges Manöver des Hauptvorstandes, um eure Aufmerksamkeit, um euren Unwillen über seinen unerhörten Verrat an eurer letzten Bewegung von sich abzuwenden. Nehmt sofort in allen Ortsgruppen gegen die unerhörten Absichten des Hauptvorstandes Stellung. Um eurer selbst, um der Erhaltung und des Ausbaues eurer Organisation willen, dürft ihr keinen Tag länger säumen. Eure ganze Front muß sich gegen diese Zerstörer der Arbeiterorganisationen erheben. Auf, ihr Eisenbahner! Schließt euch zusammen gegen den Verrat und die Provokationen eurer Instanzen! Gebt der deutschen Arbeiterschaft ein Beispiel, wie man mit solchen Gesellen abrechnet. Jagt sie unbarmherzig aus ihren Aemtern und aus euren Reihen.

Vorwärts! für die proletarische Einheitsfront!

Die „rückhaltlose Aufklärung"

(T.U.) München, 14. Februar. (Frankf. Ztg.)

Entgegen den vorgestrigen Mitteilungen der „Staatszeitung" wird die bayerische Regierung von einer Veröffentlichung ihrer nach Berlin gerichteten Note vorläufig absehen, und zwar, wie die „Augsburger Postzeitung" erfährt, aus außenpolitischen Gründen.

Rumänische Note an Rußland

(Privattelegramm der „Roten Fahne".)

Moskau, 12. Februar.

Der rumänische Außenminister Take Jonescu hat an die Sowjetregierung folgenden Funkspruch gerichtet: „Wir bestätigen den Empfang des russischen Radios vom 7. Februar. Wir sind mit Reval als Ort für die Vorbesprechungen einverstanden, da der russische Delegierte in Reval auch Bevollmächtigter ist. Der Name des rumänischen Bevollmächtigten wird sofort nach seiner Ernennung mitgeteilt werden."

Die schweizerische Arbeiterschaft für Sowjetrußland

(Privattelegramm der „Roten Fahne".)

Basel, 10. Februar.

Die am 5. Februar abgehaltene öffentliche Versammlung der Arbeiterunion Basel nahm folgende Resolution an:

„Die am 5. Februar 1921 versammelte Basler Arbeiterschaft fordert vom Bundesrat die ungesäumte und vollständige Wiederaufnahme, sowohl der politischen als auch der wirtschaftlichen Beziehungen zu Sowjetrußland.

Angesichts der wirtschaftlichen Zerrüttung der Schweiz, die sich in der katastrophal steigenden Arbeitslosigkeit äußert, protestiert die Basler Arbeiterschaft gegen die Machinationen des Bundesrates gegen Sowjetrußland.

Nur die offizielle Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen mit Sowjetrußland kann der wirtschaftlichen Not abhelfen. Dies setzt aber die geregelte Wiederaufnahme gegenseitiger politischer und wirtschaftlicher Vertretungen voraus.

Die Basler Arbeiterschaft protestiert gegen die beabsichtigte Erlaubnis des Durchzugs fremder Truppen durch die Schweiz und sie protestiert wiederholt gegen jeden Transport von Kriegsmaterial.

Zuchthausurteile gegen finnische Kommunisten

(W.T.B.) Helsingfors, 12. Februar.

Das Hofgericht in Abo verkündete das Urteil gegen die Gründer der finnischen Kommunistischen Partei, gegen die im vergangenen Frühjahr eine Klage wegen Vorbereitung zum Hochverrat angestrengt wurde. Die vierzehn Angeklagten wurden zu Zuchthausstrafen von fünf bis vierzehn Jahren verurteilt.

Die Betriebsstillegungen in Belgien

Die Produktionseinschränkungen in der belgischen Metall- und Textilindustrie dauern an. Die Industriellen verlangen, daß die Arbeiter nur 6 Stunden täglich arbeiten und sich mit 50 Prozent ihres bisherigen Lohnes begnügen, verschiedene Webereien stellen ihre Produktion gänzlich ein, in den Saninoires de la Louviere ist auf Entlassung eines Teiles der Arbeiter hin, die gesamte Arbeiterschaft in den Ausstand getreten.

Generalstreik in Griechenland?

(T.U.) Athen, 14. Februar.

Der bereits eine Woche anhaltende Streik der hiesigen Straßenbahner droht sich zum Generalstreik auszuwachsen und auf die Provinzen überzugreifen. Die Streikkommission sprach gestern beim König vor, um ihn zur Vermittlung zu veranlassen.

Gerade das Verhalten der griechischen Gewerkschaften deutet auf eine recht ernste und kritische Situation in Griechenland hin. Die Gewerkschaften befürchten den Ausbruch revolutionärer Kämpfe und suchen Schutz vor den Arbeitern — beim König.